

## **Fragen und Antworten**

### **In der Diskussion: Die gesetzliche Mitgliedschaft bei Industrie- und Handelskammern**

#### **1. Angeblich würden die kleinen und mittleren Unternehmen durch eine Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft entlastet. Um welche Summen geht es hier eigentlich für das einzelne Unternehmen?**

Durchschnittlich zahlen Unternehmen in Deutschland einen IHK-Beitrag von etwa 150 € pro Jahr. Dabei muss man wissen, dass je nach Kammerbezirk zwischen 30 und 45 Prozent der Selbständigen überhaupt keinen Beitrag zahlen. Die Beitragszahlung nach Leistungsfähigkeit ist zugleich ein Stück „Wirtschaftssolidarität“ zwischen starken und schwachen Unternehmen. Und: Wo das möglich ist, wird heute schon vielfach individuell mit dienstleistungsbezogenen Gebühren oder Zahlungen abgerechnet.

#### **2. Wie könnten dann überhaupt noch flächendeckende Aktionen von Flensburg bis Oberammergau und von Aachen bis Anklam – wie z.B. aktuell der Ausbildungspakt – dauerhaft und verlässlich durchgeführt werden?**

Das wäre nicht mehr möglich. Die Politik würde einen wichtigen Aktionspartner verlieren. Denn die Leistung, die IHKs und HWKs heute in der Fläche z.B. beim Ausbildungspakt erbringen, lässt sich in ihrer Verbindung von Know-how und ehrenamtlichen Einsatz der Unternehmensvertreter kaum beziffern. Wie wollte die Politik mit Geld oder guten Worten eine solche Kombination auf die Beine stellen, wenn erst mal bewährte ehrenamtliche Strukturen zerschlagen sind? Angesichts der chronischen leeren Kassen und der Skepsis gegenüber der Politik wäre hier kaum eine erfolgreiche Ersatzlösung zu erwarten.

#### **3. Wer spricht dann eigentlich noch vor Ort für die kleinen und mittleren Unternehmen?**

Die kleinen und mittleren Unternehmen verlören vor Ort eine anerkannte und leistungsfähige Vertretung. Alle Erfahrung zeigt: Die freiwilligen Verbände sind ausschließlich den Interessen ihrer Mitglieder verpflichtet. Die derzeit durch die IHKs gewährleistete kontinuierliche und sachorientierte Beratung der kommunalen und regionalen Gremien und Behörden würde einer eher zufälligen, durch Partikularinteressen finanzstarker und einflussreicher Unternehmen gesteuerten Lobby weichen. Wer die Pflichtmitgliedschaft abschafft, schwächt das Gewicht der kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort gegenüber den großen Spielern.

#### **4. Wer leistet dann die über 360.000 Beratungs- und Informationsgespräche für Existenzgründer die die IHKs Jahr für Jahr durchführen?**

Die für Gründer vor allem interessante Einstiegsberatung, heute in der Regel kostenlos und für die IHKs mit erheblichem Aufwand verbunden, würde dann vielerorts ganz entfallen. Die IHKs träten stattdessen mit umfassenderen Beratungspaketen im Zweifel in Konkurrenz zu anderen privaten Anbietern, die heute die vertiefende Einzelfallberatung durchführen. Die Folge wäre eine Ausdünnung des Beratungsangebots.

#### **5. Wer leistet dann die Arbeit der zigtausend ehrenamtlich tätigen Unternehmensvertretern?**

Tja wer? Wohl niemand mehr. Bezahlen wird die Politik die „Ehrenamtler“ aus den Unternehmen schon aus Budgetgründen sicher nicht. Das würden die Unternehmer aber auch gar nicht wollen. Denn die gesetzliche Mitgliedschaft sichert ja gerade den Freiraum, in dem die Unternehmen unabhängig – unterworfen nur Recht und Gesetz – die Angelegenheiten der Unternehmerschaft im Rahmen der Selbstverwaltung regeln. Die IHKs bieten deshalb eine ganz eigene Qualität jenseits von nur staatlichem oder nur privatem Handeln.

#### **6. Wer stellt dann sicher, dass die hoheitlichen Aufgaben, die die IHKs auf Basis von über 50 Gesetzen heute anstelle des Staates erledigen, wirtschaftsnah und kostengünstig erledigt werden?**

Diese Aufgaben würden zunächst einmal an den Staat zurückfallen. Wie der dann damit umginge? Entweder müssten Behörden die Aufgaben durchführen oder der Staat würde Beleihungsmodelle erproben. In jedem Fall wäre die unabhängige und sachnahe Erledigung nicht mehr gewährleistet. Denn gerade bei Beleihungsmodellen kann der Staat ohne Fachaufsicht der beliebigen Auftragnehmer nicht auskommen. Das bedeutet mehr Bürokratie und weniger Transparenz.

#### ***Und übrigens:***

In diesen Tagen beklagen viele eine globalisierungsbedingte Entfremdung mancher Unternehmer von ihren heimatlichen Wurzeln. Wer dem erfolgreich begegnen will, der müsste die IHKs und mit ihnen die Pflichtmitgliedschaft geradezu erfinden. Wo sonst sitzen große und kleine, erfolgreiche und krisengeschüttelte Unternehmen zusammen, um auf gleicher Augenhöhe Anliegen der Wirtschaft ihrer jeweiligen Region zu diskutieren und zu entscheiden? Wo sonst finden gesellschaftliche Verantwortung und ehrenamtliches Engagement der Unternehmer deutlicher ihren Ausdruck?

Berlin, 26. April/B2